



Foto: Dirk Reitze

Landtagswahlen

„Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser!“

Mit Großveranstaltungen in Berlin und Waren an der Müritz ist die CDU in die heiße Phase der Landtagswahlkämpfe in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gestartet.

In Berlin rief die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Bürgerinnen

und Bürger auf, den rot-roten Senat am 17. September abzuwählen. „Rot-Rot kann es nicht, sie können es in Mecklenburg-Vorpommern nicht und sie können es auch in Berlin nicht“, sagte Angela Merkel. CDU-Spitzenkandidat Friedbert Pflüger sei ein „Berliner aus Leidenschaft“, der als Regierender ▶

INHALT

Ronald Pofalla:
Trendwende am
Arbeitsmarkt
Seite 5

Angela Merkel zum
Tod von Rainer Barzel
Seite 6

Volker Kauder:
Das Christliche
Menschenbild ist unser
Leitbild
Seite 8

HEUTE AKTUELL

■ Rainer Barzel – ein politischer Lebenslauf (Seite 7) ■ Annette Schavan: Ideen zünden – Die High-Tech-Strategie für Deutschland (Seite 9–10) ■ Otto Bernhardt: Wohnungsbauprämie steht nicht zur Disposition (Seite 10–11) ■ Helmut Sauer zum Tod von Herbert Hupka (Seite 12–13) ■ Papst Benedikt XVI. empfängt Merkel (Seite 13) ■ Christian Ruck: Libanon: Auf Brückenbau zwischen Staat und Bevölkerung achten (Seite 14) ■ Katherina Reiche: Stärkung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt (Seite 14–15) ■ Klaus Riegert: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk gegen Doping (Seite 15) ■ Michael Fuchs: BA-Überschuss zur stärkeren Beitragssenkung nutzen (Seite 15–16) ■ Johannes Singhammer/Antje Blumenthal/Katharina Landgraf: Früherkennungsuntersuchungen für alle Kinder (Seite 16)

► Bürgermeister dafür kämpfen werde, dass es wieder mehr Arbeitsplätze, mehr Bildung und mehr Sicherheit in der Hauptstadt gebe. Vor über 800 Zuhörern widersprach die Bundeskanzlerin den Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters Wowereit, dass „das Wesentliche hier in Berlin geregelt sei“. Genau das sei nicht der Fall. Während sich bundesweit ein wirtschaftlicher Aufschwung bemerkbar mache und neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstünden, sei von all dem in Berlin nichts zu spüren, kritisierte die Vorsitzende. Munter propagiere Wowereit Rot-Rot, dabei verließen viele Betriebe die Hauptstadt.

„Berlin muss besser regiert werden“

„Berlin muss besser regiert werden“, forderte die CDU-Vorsitzende. Mit einem unionsgeführten Senat werde dies gelingen. Ein Blick auf die unionsgeführten Bundesländer zei-

ge: Dort wo die Union regiert, geht es den Menschen besser.

Mit Blick auf die fehlgeschlagenen Kofferbomben-Attentate sagte die Kanzlerin, dass es sich hierbei nicht um „irgendeine imaginäre Gefahr“ handle. „Die Bomben wären hochgegangen“, wenn nicht ein Fehler vorgelegen hätte. Vor diesem Hintergrund sprach sich die Kanzlerin für Videoüberwachung an Orten, an denen viele Menschen zusammenkämen, aus. Außerdem brauche das Land eine Anti-Terror-Datei, damit frühzeitig reagiert werden könne, wie dies in London gelungen sei. Merkel rief dazu auf, sich mit der Bedrohung auseinander zu setzen. Zwar gebe es viele Einzelmaßnahmen, die gut funktionierten. Wo dies jedoch nicht ausreiche, „müssen wir mehr Geld in die Hand nehmen“. Denn Sicherheit sei eines der „höchsten Güter“.

Der Berliner CDU-Spitzenkandidat, Friedbert Pflüger, bekräftigte seinen Anspruch, Regierender Bürgermeister in Berlin werden zu

IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Pfittlich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.



Foto: Klaus Steindorf-Sabath

Wahlkampf mit Kanzlerin Merkel: Spitzenkandidat Seidel (l.) erhält vom CDU-Abgeordneten Wolf-Dieter Ringguth einen Zuganker aus dem Schweriner Schloss.

wollen. Zugleich versicherte Pflüger, er werde unabhängig vom Wahlausgang nach dem 17. September sowohl sein Bundestagsmandat als auch sein Amt als Parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium aufgeben und „mit ganzem Herzen und Verstand“ für Berlin arbeiten.

Arbeitsplätze & Investitionen für Berlin

Scharf kritisierte der Spitzenkandidat die Wirtschaftspolitik des rot-roten Senats. Allein 15 Prozent der industriellen Arbeitsplätze seien in den letzten Jahren verloren gegangen. „Rot-Rot hat Berlin nicht gerechter, sondern ärmer ge-

macht“, fügte er hinzu. Ohne industrielle Basis habe die Stadt keine Zukunft. Wer glaubwürdig gegen die hohe Arbeitslosigkeit in der Hauptstadt vorgehen wolle, dürfe den City-Flughafen Tempelhof nicht schließen, forderte der Spitzenkandidat. Berlin brauche keinen neuen Park, wie von Rot-Rot geplant, sondern Arbeitsplätze und Investitionen. In diesem Zusammenhang sprach sich Pflüger dafür aus, den Bahnhof Zoo als Fernbahnhof zu erhalten. „Wir wollen EINE Stadt“, sagte Pflüger. „Aber wir wollen auch, dass der Westen Berlins weiter gedeihen kann“.

Einer Einheitsschule erteilte Pflüger eine klare Absage. Rot-Rot könne keine Bildungspolitik für Berlin

machen, wie die 600.000 ausgefallenen Unterrichtsstunden zeigten. Die CDU werde dafür sorgen, dass die Stunden, die im Lehrplan stünden, auch erteilt würden. Der Spitzenkandidat betonte, er sei stolz auf die Berliner Union und auf seine Regierungsmannschaft. Zugleich appellierte er an die Bürgerinnen und Bürger, am

17. September die Armutsmodele Rot-Rot und Rot-Rot-Grün zu verhindern.

Gemeinsam mehr aus Mecklenburg-Vorpommern machen

Mit einem Aufruf zur Abwahl der rot-roten Landesregierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Spitzenkandidat Jürgen Seidel in Waren an der Müritz wurde der Landtagswahlkampf in Mecklenburg-Vorpommern offiziell eingeläutet. „Rot-Rot setzt die Ziele für dieses Land falsch“, rief die CDU-Vorsitzende den rund 1500 Zuhörern am Warener Stadthafen zu. Der Nordosten liege verglichen mit anderen Bundesländern in fast allen Positionen an

letzter Stelle. „Den anderen neuen Bundesländern geht es besser“, obwohl es da auch nicht überall einfacher sei, betonte Merkel.

Mit der Diskussion um die Kosten des Besuchs von US-Präsident George W. Bush verspiele die Landesregierung den Image-Gewinn, den Mecklenburg-Vorpommern aus den Fernsehbildern gezogen habe. Die Bilder des Besuchs seien schließlich um die ganze Welt gegangen. „Wenn man im Ausland hört, dass die einzige Frage ist, was das gekostet hat, werden die Bilder verblassen“, versicherte die Kanzlerin. Insbesondere SPD-Ministerpräsident Harald Ringstorff bescheinigte die Kanzlerin, sich auf Bundesebene bei wichtigen Vorhaben quer zu stellen und dem Land damit zu schaden. „Man kann nicht immer nur Wünsche äußern bei der Bundesregierung, aber wenn reformiert wird, bei jedem kleinen Fitzelchen sagen: Das geht für unser Land nicht“, kritisierte Merkel. Ringstorff habe sich schon immer verweigert, fügte sie hinzu. Freunde gewinne man so nicht.

Zugleich warb die Kanzlerin um Verständnis für die Sparbemühungen des Staates. „Wir müssen aus dieser Spirale von immer mehr

Schulden herauskommen“, sagte sie. Kein Politiker beschließe freudig Maßnahmen, mit denen er den Menschen etwas zumuten müsse. Es sei jedoch „eine moralische Aufgabe“, auch der Kinder- und Enkelgeneration noch finanzielle Spielräume zu hinterlassen.

Vorfahrt für Arbeit

Spitzenkandidat Jürgen Seidel stellte in seiner Rede die Schwerpunkte seines Programms vor. Das Prinzip „Vorfahrt für Arbeit“ müsse endlich auch in Mecklenburg-Vorpommern praktiziert werden, mahnte er. Es sei viel erreicht worden, aber leider trage seine Heimat noch immer die Rote Laterne in der Arbeitsmarktstatistik. „Ich freue mich über jede Unternehmenssiedlung im Land“, betonte Seidel. Eine Arbeitslosenquote von 18 Prozent zeuge nicht von einer erfolgreichen Politik. „Damit finde ich mich nicht ab“, erklärte Seidel und fügte hinzu: „Unser Land kann mehr!“

Mit Blick auf die Bevölkerungsentwicklung unterstrich Seidel, dass die von ihm geführte Landesregierung mehr für die Familien tun werde. „Fast alle demo-

kratischen Parteien proklamieren in ihren Programmen Familienfreundlichkeit. Anstatt ständig zu meckern, sollte man gemeinsam den Weg beschreiten, um die Eltern von den Kosten für die Kindertagesstätten zu befreien“, erklärte der CDU-Spitzenkandidat. „Weg von den Sonntagsreden und hin zum Handeln“, laute hier das Motto.

Das Land voranbringen

Das Land brauche einen anderen Politikstil, sagte Seidel weiter. Direktoren, Lehrer und die kommunalen Vertreter dürfe man nicht wie dumme Kinder behandeln. Dies schaffe nur Frustration. Stattdessen müssten alle gemeinsam ihre Potentiale nutzen, um das Land voranzubringen. „Ich will als Ministerpräsident einen anderen Politikstil durchsetzen“, bekräftigte Seidel. Das Modell Rot-Rot habe Mecklenburg-Vorpommern ins Abseits gestellt. Deshalb müsse es weg. „Wer den politischen Wechsel im Land will, muss am 17. September 2006 CDU wählen“, rief Seidel seinen begeisterten Anhängern zu.

Ronald Pofalla

Trendwende am Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktzahlen für den Monat August sind das sichere Signal: 128.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mehr als im Vorjahresmonat. Das ist definitiv die Trendwende am Arbeitsmarkt! Die Bundesregierung unter der Führung von Angela Merkel liefert den Nährboden für die gute Entwicklung.

Jetzt muss die Devise lauten: Reformtempo weiter hochhalten! Die Zahl von 4,3 Millionen Arbeitslosen ist weiterhin die größte Herausforderung in Deutschland. Wir finden uns mit diesem Zustand nicht ab. Dazu gehört, dass wir jede nur mögliche An-



Ronald Pofalla

strengung unternehmen, die Voraussetzungen für mehr Arbeitsplätze zu erhöhen. Konkret heißt das: Lohnzusatzkosten müssen weiter gesenkt werden.

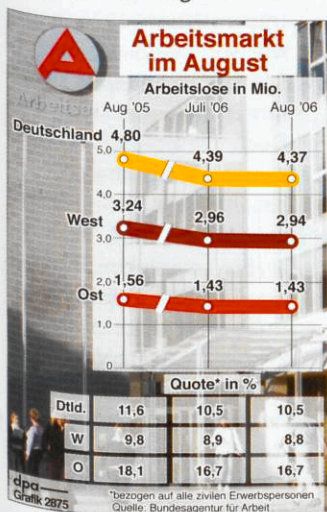
Wir stehen deshalb weiterhin dafür ein, den Überschuss der BA für eine höhere Beitragssenkung einzusetzen. Das Geld stammt von den Beitragszahlern – also gehört es auch den Beitragszahlern. Das ist nur fair und gerecht.

In diesem Zusammenhang ist auch ganz klar: Einen Mindestlohn wird es mit uns nicht geben! Derartige Zwangsvorgaben verschrecken jeden möglichen Investor. Lohnpolitik braucht Flexibilität – nur so entstehen neue Arbeits-

plätze. Die Forderung der Gewerkschaften nach einem gesetzlichen Mindestlohn ist der erneute Aufruf, für ein gewaltiges Arbeitsplatz-Vernichtungsprogramm in Deutschland. Die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen wird keinen einzigen Arbeitsplatz bringen. Das Gegenteil ist der Fall: Wenn die Gewerkschaftsforderung von einem Mindestlohn von 7,50 Euro sich durchsetzen würde, käme auf die Unternehmen eine milliarden schwere Lohnkostenlawine zu. Das würde hunderttausende Arbeitsplätze kosten. Ich sage klar und deutlich: Einen flächendeckenden Mindestlohn wird es mit der CDU deshalb nicht geben. Die Linke wird sich an der Union die Zähne ausbeißen.

Ich fordere Herrn Bsirske und seine Mitstreiter, auch die in den Reihen der SPD, auf: Beenden Sie diesen Spuk um den Mindestlohn. Was wir in Deutschland brauchen, sind mehr Freiräume in den Betrieben, niedrigere Lohnzusatzkosten und ein wirksames Kombilohnmodell.

Ronald Pofalla ist der CDU-Generalsekretär.



Angela Merkel zum Tod von Rainer Barzel

„Deutschland verliert einen großen Diener seines Staates.“

Die CDU Deutschlands trauert um Rainer Barzel. Sein Tod reißt eine große Lücke in die Christlich-Demokratische Union. Deutschland verliert mit ihm einen großen Diener seines Staates. Rainer Barzel steht für den zählen Einsatz für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und die politische Vereinigung Europas.

Rainer Barzel wirkte als Mitglied des Deutschen Bundestages, als Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, als Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, als Vorsitzender der CDU Deutschlands, als Bundesminister für gesamtdeutsche und als Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen sowie als Bundestagspräsident an zahlreichen Stellen für die Geschichte unseres Landes und unserer Partei.

Der Name Rainer Barzel steht für eine wertegebundene Politik nach dem Vorbild der katholischen Soziallehre. ber lange Jahre ver-



Angela Merkel

Foto: Laurence Chaperon

antwortete er die Verbindung der CDU mit der katholischen Kirche. Politisch geprägt wurde er vom ersten Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl Arnold. Mit ihm verband ihn ein entschiedener Antikommunismus.

Als Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen (1962–1963) erarbeitete er die Grundlagen für den bis 1989 praktizierten Hftlingsfreikauf aus der DDR. So konnten bis zur deutschen Einheit weit über 30.000 Gefangene freigekauft werden. Im gleichen Zeitraum wurden mehr als 250.000 Familien zusammengeführt.

Rainer Barzel hat mit seinen deutsch- und europapolitischen Positionen das Erbe Konrad Adenauers fortgeführt. Er war ein führender Verfechter der Offenhaltung der deutschen Frage mit dem Ziel der friedlichen Wiedervereinigung. Daraus ergab sich seine eindeutige Ablehnung bei der Debatte um die

Anerkennung der DDR.

An seinem Leben hat sich auch die Tragik der deutschen Einheit gezeigt. Beim konstruktiven Misstrauensvotum 1972 hatte, wie wir heute wissen, die Staatsicherheit der DDR ihre Hände mit im Spiel. Doch dieser Tiefschlag in seinem politischen Leben hat ihn nicht bitter werden lassen.

Bis zu seinem Tod war die CDU die politische Familie von Rainer Barzel. Wir werden sein Vermächtnis wahren und ihn in Erinnerung halten. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie, mit der wir gemeinsam trauern.

Rainer Barzel – ein politischer Lebenslauf

- Rainer Candidus Barzel wird am 20. Juni 1924 in Braunsberg/Ostpreußen geboren
- nach Notabitur in Berlin Kriegseinsatz von 1941 bis 1945 bei der Luftwaffe
- von 1945 bis 1949 Studium der Rechtswissenschaften und Volkswirtschaftslehre in Köln, Promotion
- 1949 bis 1956 Mitarbeiter der nordrhein-westfälischen Landesregierung, 1954 jüngster Ministerialrat Deutschlands, seit 1955 Berater und Redenschreiber von Ministerpräsident Karl Arnold (CDU)
- 1957 bis 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1962 Mitglied des CDU-Bundesvorstands und des CDU/CSU-Fraktionsvorstands im Bundestag
- 1962/1963 Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen
- 1964 bis 1973 Vorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion
- 1971 bis 1973 Vorsitzender der CDU
- am 27. April 1972 scheidet im Bundestag ein konstruktives Misstrauensvotum mit Barzel als Kandidat gegen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) – wie heute bewiesen durch Manipulation der Stasi
- 1972 Kanzlerkandidat der Union, SPD wird bei der Wahl vom 19.11.1972 erstmals stärkste Partei
- 1973 Rücktritt vom Fraktionsvorsitz und keine erneute Kandidatur zum Parteivor-



Dr. Rainer Barzel

Foto: dpa

sitz nach Abstimmungsni-
derlage um den Beitritt der
Bundesrepublik zu den Ver-
einten Nationen

- 1973 bis 1982 Mitarbeit in einer Rechtsanwaltskanzlei in Frankfurt am Main
- 1976 bis 1979 Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Wirtschaft
- 1980 bis 1982 Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages
- 1980 und 1986 bis 1990 Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-französischen Beziehungen
- 1982 bis 1983 Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen
- 1983 bis 1984 Bundestagspräsident, Rücktritt am 25.10.1984 im Zusammenhang mit der Flick-Affäre (später voll rehabilitiert)
- gestorben in der Nacht zum 26. August 2006 in München

Im Sinne des Verstorbenen bittet seine Familie anstelle von Kränzen und Blumen um Spenden an das Deutsch-Französische Jugendwerk unter dem Stichwort „Rainer Barzel“. Als Koordinator für deutsch – französische Beziehungen lag Rainer Barzel die Begegnung von Jugendlichen besonders am Herzen.

Kontoverbindung:
Stadtparkasse Bad Honnef,
BLZ: 380 512 90, Kto.-Nr: 150 292

Volker Kauder

Das christliche Menschenbild ist unser Leitbild

Die Union muss sich den Herausforderungen durch die Globalisierung stellen. Wir wollen die Zukunft der sozialen Marktwirtschaft sichern. Um praktische politische Entscheidungen verantwortungsvoll treffen zu können, braucht man ein tragfähiges Wertefundament. Unser Leitbild ist das christliche Menschenbild.

„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ heißt das Motto der derzeitigen Debatte um ein neues Grundsatzprogramm der CDU. Freiheit ist ein zentraler programmatischer Wert der Union. Unser Wertefundament besagt, dass der als Gottes Ebenbild geschaffene und mit unbedingter, unveräußerlicher Personenwürde ausgestattete Mensch zur Freiheit berufen ist und damit zur verantworteten Selbstgestaltung seines eigenen Lebens bestimmt. Auch das Prinzip der Solidarität geht von dem Grundsatz eigenverantwortlicher Lebensgestaltung in Gemeinschaft mit anderen aus. Es erkennt an, dass es in der Realität unserer gesellschaft-



Volker Kauder

lichen Ordnung immer wieder Menschen gibt, denen ein selbstgestaltetes Leben in verantworteter Freiheit durch die Situation persönlicher Not verwehrt wird. Sie sind der Hilfe der Gemeinschaft bedürftig, um wieder eine im Wortsinn „menschenswürdige“, also auch durch Freiheit und Eigenverantwortung begründete Existenz führen zu können.

Gerecht wiederum ist eine Ordnung, die jedem ein Leben in selbstverantworteter Freiheit – gemäß seinen Anlagen und Talenten – ermöglicht. Es geht also um Chancen- und Leistungsgerechtigkeit. Dafür hat sich die Union immer schon eingesetzt. Eine gerechte Ordnung macht Freiheit möglich.

Solidarität und Gerechtigkeit werden von der Freiheit her gedacht. Für uns in CDU und CSU steht unverrückbar fest, dass wir die Menschen, die Arbeit suchen, vor existentieller Not bewahren müssen. Das gebietet der Grundsatz der Solidarität. Aber: Es hat überhaupt nichts mit Solidarität zu tun, wenn wir den Menschen, die angebotene Arbeit ablehnen, einen Lebensstandard sichern, den mancher Geringverdiener nicht erreicht. In Rückbesinnung auf unseren programmatischen Kern müssen wir Subsidiarität wieder als Sicherung verantworteter Freiheit begreifen und sozialpolitische Solidarität klar an das Kriterium der Bedürftigkeit binden. Eine Politik, die über Generationen hinweg Abhängigkeiten zementiert, ist mit unserem Menschenbild nicht vereinbar. Der Mensch ist zur Freiheit geboren und nicht zur Gängelung auf die Welt gekommen.

Volker Kauder ist Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Annette Schavan

Ideen zünden – Die High-Tech-Strategie für Deutschland

„Ideen zünden!“ ist das Leitmotto der Hightech-Strategie für Deutschland. Erstmals hat eine Bundesregierung systematisch über die Ressortgrenzen hinweg eine einheitliche nationale Strategie entwickelt, damit Deutschland wieder einen europäischen und weltweiten Spitzenplatz auf den Zukunftsmärkten erreicht.

Alle Politikbereiche in Forschung und Entwicklung werden auf dieses Ziel hin ausgerichtet. Damit werden die Rahmenbedingungen für mehr Freiheit, Wagemut und Umsetzungskraft geschaffen. Denn im „Land der Ideen“ müssen Ideen auch zünden. Dies bedeutet, dass Spitzenleistungen in der Forschung rasch zu Produkten werden müssen. Gebündelte Innovationspolitik steht deshalb im Zentrum des Regierungshandelns. Nur so wird es uns gelingen, künftigen Wohlstand zu sichern.

Ein elementarer Bestandteil der Hightech-Strategie ist der systematische Brückenschlag von der Wissenschaft zur Wirtschaft. Die Forschungsunion Wirt-



Annette Schavan

schaft-Wissenschaft zu Technologieperspektiven für Zukunftsmärkte wird die Umsetzung der Hightech-Strategie begleiten und die enge Kooperation von Forschungsinstitutionen und Unternehmen fördern. Auf diese Weise können bis zu 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Investitionen

Bis zum Jahr 2009 wird der Bund insgesamt 14,6 Milliarden Euro in Hightech-Branchen investieren. Teil davon ist das Sechs-Milliarden-Programm, mit dem die Bundesregierung ein klares Signal für die Priorität von Forschung und Entwicklung

gesetzt hat. Diese Investitionen sind eine enorme Schubkraft. Damit rückt auch das europäische Ziel näher, bis zum Jahr 2010 den Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt auf drei Prozent zu heben. Der Bund leistet seinen Teil dazu, nun sind die Länder und die Wirtschaft am Zuge.

Die Hightech-Strategie beinhaltet fünf Querschnittsbereiche: Enge Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, Steigerung des privaten Innovationsengagements, gezielte Verbreitung von Spitzentechnologien, Internationalisierung von Forschung und Entwicklung sowie Talentförderung. Beispiele für die Querschnittsaktivitäten sind die Einführung einer Forschungsprämie für Aufträge kleiner und mittlerer Unternehmen an Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die Gründungsförderung für neue Hightech-Unternehmen sowie die Begabtenförderung.

Spitzentechnologien tragen zur Lebensqualität bei

Zusätzlich zu den Querschnittsbereichen werden 17 Innovationsfelder mit modernsten Technologien definiert. Diese reichen unter anderem von der Sicherheitsforschung über die Gesundheitsforschung und Medizintechnik, optische Technologien, Umwelttechnologien über die Bereiche Information und Kommunikation, Luft- und Raumfahrt, Fahrzeug- und Verkehrstechnologien, Mikrosystemtechnik bis hin zu Nano-, Bio- und Werkstofftechnologien.

Spitzenfachkräfte für Spitzenstandort

Die Entwicklung Deutschlands hin zu einem wissenschafts- und forschungsintensiven Industrie- und Dienstleistungsstandort ist nur zu schaffen, wenn gleichzeitig das Ausbildungs- und Qualifikationsniveau höchsten Anforderungen entspricht. Ein Spitzenstandort braucht Spitzenfachkräfte in allen Bereichen. Prognosen gehen davon aus, dass Deutsch-

land aufgrund der demographischen Entwicklung und des wirtschaftlichen Strukturwandels auch künftig einen deutlich größeren Bedarf an Fachkräften haben wird. Vor diesem Hintergrund ist es von strategischer Bedeutung, Aus- und Weiterbildung in Deutschland nachhaltig zu stärken. Erste Maßnahmen hat die Bundesregierung bereits ergriffen, etwa im Rahmen des Nationalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs.

Otto Bernhardt

Wohnungsbauprämie steht nicht zur Disposition

Das gute Gelingen einer Gemeinschaft zeichnet sich nicht zuletzt durch eine hinreichende Vertragstreue aus. Solche schien der Bundesminister der Finanzen aber nicht im Auge gehabt zu haben, als er Mitte August dieses Jahres den Referententwurf zu einem sogenannten Wohn-Riester-Gesetz und der gleichzeitigen Abschaffung der Wohnungsbaupläne in die Ressortabstimmung gab.

Nicht nur, dass Union und SPD in einer gemeinsa-

men Arbeitsgruppe ein koalitions-eigenes Konzept zu einer verbesserten Einbeziehung von Wohnimmobilien in die Altersvorsorge noch erarbeiten wollen und der Entwurf zur Unzeit aus dem SPD-geführten Ministerium das Vertrauen in das Verhandlungsgeschick der eigenen SPD Abgeordneten untergräbt. Nein, der Entwurf eines Konzepts zur besseren Förderung von Wohneigentum als Teil der Altersvorsorge war und ist, wie vom Koalitionsvertrag bestimmt, allein in Zusam-

menhang mit der Ende 2005 abgeschafften Eigenheimzulage zu sehen. Eine Verbindung zur Wohnungsbauprämie war weder während der Koalitionsverhandlungen erkennbar noch zu einem späteren Zeitpunkt vereinbart worden. Dies hat das Finanzministerium in seinem großen Eifer offenbar übersehen; so ist der Gesetzentwurf leider nur als willkürlich und unsachgemäß zu qualifizieren.

Sicher, bei einer rein schematischen Betrachtung spricht einiges gegen den

Fortbestand der Wohnungsbauprämie; sie erscheint vielen als ein alter Zopf aus der deutschen Wirtschaftswunderzeit der fünfziger Jahre des 20. Jahrhunderts. Mit einer Höchstförderung von 45,06 Euro pro Jahr pro Person über maximal sieben Jahre ist mit der Wohnungsbauprämie allein kein Haus zu bauen. So blauäugig, solches zu glauben, ist die Union auch nicht.

Die Wohnungsbauprämie dient aber dem – nach wie vor sinnvollen – Ziel, insbesondere den unteren und mittleren Einkommensgruppen Erleichterungen bei der Schaffung eigenen Wohnraums jeder Art durch Gewähren derselben zu verschaffen. Das in seiner Erstfassung auf den 17. März 1952 datierende Wohnungsbauprämiengesetz bewilligt eine Förderung, die auf die Bildung von Vermögen im Bereich der Immobilien gerichtet ist. Der Zuschuss des Staates beschränkt sich mittlerweile auf 8,8 Prozent der jährlichen Sparleistung, höchstens werden also 8,8 Prozent von 512 Euro bei Alleinstehenden und von 1.024 Euro bei Paaren gefördert. Die Einkommensgrenzen für Bezieher der Wohnungsbauprämie liegen bei 25.600 Euro für Alleinlebende und bei Paaren in der



Otto Bernhardt

Höhe von 51.200 Euro. Angesichts der Förderhöchstgrenzen und der Beschränkung auf kleine und mittlere Einkommen erscheint es eher zynisch, hier von Mitnahmeeffekten oder Fehlallokationen zu sprechen.

Ganz im Gegenteil: Die Wohnungsbauprämie ist ein wichtiger Anreiz, junge Menschen zum Sparen zu bewegen. Sozial- und familienpolitisch ist die Wohnungsbauprämie ein äußerst effektiver Anreiz. Für den Großteil der Deutschen ist und bleibt Wohneigentum ein wichtiger Baustein zukunftsicherer Altersvorsorge. Die Eigentumsrate sieht aber im europäischen Vergleich in Deutschland mehr als mager aus. Schaffen wir jetzt auch noch die Wohnungsbauprämie ab, werden wir noch weiter zurück fallen. Ein Land der Mieter wäre unsere Zukunft. Untersuchungen haben ergeben,

dass Bezieher der Wohnungsbauprämie bei der Kreditaufnahme durchschnittlich mehr Eigenkapital aufweisen als Nichtempfänger derselben. Es kann sich also mithilfe der Wohnungsbauprämie nicht nur die Belastung einer langen Kreditlaufzeit mindern; auch auf die Höhe des Kreditzinses wird sich dies auswirken. Zielgenauer findet wohl kaum eine andere Förderung des Staates statt.

Zudem würde man durch die Abschaffung der Wohnungsbauprämie gerade denen ein Stück Hoffnung nehmen, die mit großem eigenem Engagement bei einem nicht gerade üppigen Einkommen Eigeninitiative ergreifen wollen. Empfänger der Wohnungsbauprämie sind daran gewöhnt, seit einem relativ jungen Alter Geld beiseite zu legen und nicht nur zu konsumieren. Eben diese Selbstverantwortung zu stärken ist das Ziel der Union. Wie kann man dies besser als durch ein schickes eigenes Häuschen am Stadtrand oder durch eine freundliche Eigentumswohnung! Die Wohnungsbauprämie steht für die Union daher keineswegs zur Disposition.

Otto Bernhardt ist der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion.

Helmut Sauer zum Tod von Herbert Hupka

Herbert Hupka – ein aufrechter Anwalt der Vertriebenen

Der Tod von Herbert Hupka erfüllt uns mit tiefer Trauer. Unser besonderes Mitgefühl gehört seiner Familie.

Mit Herbert Hupka verlieren wir einen aufrechten Anwalt der Vertriebenen, der die wechselvolle deutsche Geschichte am eigenen Leib erfahren hat. Nach den schmerzlichen Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Diktatur, den Schrecken des Zweiten Weltkriegs und den grausamen Vertreibungen wurde er nicht nur zu einem fundierten Kommentator der Geschehnisse, sondern ebenso zu einem leidenschaftlichen Verfechter von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Das Recht des deutschen Volkes auf Selbstbestimmung, die Geltung unveräußerlicher Menschenrechte sowie das Recht auf die angestammte Heimat waren für ihn Kardinalfragen der Politik.

Herbert Hupka wurde am 15. August 1915 auf Ceylon geboren. Sein Vater sollte als Physikprofessor einen Lehrauftrag an der deutsch-chinesischen Hochschule von Tsingtau wahrnehmen.



Herbert Hupka

Foto: dpa

Stattdessen wurde die Familie kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges von den Briten auf Ceylon interniert. Nach der Freilassung wuchs Herbert Hupka im ober-schlesischen Ratibor auf und legte dort 1934 am humanistischen Gymnasium sein Abitur ab. Studien der Germanistik, Geschichte, Geographie und Kunstgeschichte führten ihn nach Halle und Leipzig. 1940 wurde er zum Dr. phil. promoviert.

Nach ihrer Vertreibung fand die Familie Hupka im Oktober 1945 Aufnahme in Bayern. Dort arbeitete Herbert Hupka als Journalist und war bis 1957 bei „Radio München“ bzw. dem Bayerischen Rundfunk tätig. Später folgten berufliche Statio-

nen als Programmdirektor bei Radio Bremen und bis 1964 als Pressesprecher des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“. Bereits im Jahre 1948 rief er die Landsmannschaft Schlesien mit ins Leben, die er von 1968 bis 2000 ununterbrochen als Bundesvorsitzender führte.

Von 1969 bis 1987 gehörte Herbert Hupka dem Deutschen Bundestag an. Seinen Arbeitsschwerpunkt fand er im Auswärtigen Ausschuss. Am 29. Februar 1972 verließ er wegen der neuen Ostpolitik die SPD-Bundestagsfraktion. Am 17. Mai 1972 stimmte er gegen den deutsch-polnischen Vertrag. Herbert Hupka trat in die CDU ein und führte zwölf Jahre lang als Bundesvorsitzender die Ost- und Mitteldeutsche Vereinigung, die Gemeinschaft der Vertriebenen und Aussiedler in der CDU/CSU.

Auch im Ausland war Hupka weithin bekannt: als Anwalt der Vertriebenen (insbesondere der Schlesier) sowie als gewissenhafter Mahner und als Verteidiger der Menschen-, Minderheiten- und Volksgruppenrecht-

te. Dabei war er stets auf Ausgleich und Verständigung bedacht. Durch sein unbeugsames Festhalten an unverzichtbaren demokratischen und rechtsstaatlichen Grundwerten, durch seinen gradlinigen Lebensweg sowie durch die Überzeugungskraft seines Denkens und Handelns erwarb er sich im In- und Ausland großen Respekt und Ansehen.

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in den Wendejahren 1989/90 besuchte Hupka seine oberschlesische Heimat und beteiligte sich aktiv an der schwierigen deutsch-polnischen Verständigung unter Berücksichtigung der Heimatvertriebenen und der in der Heimat verbliebenen deutschen Landsleute. Dabei gelang es

ihm, Vorurteile abzubauen und neues Vertrauen wachsen zu lassen. Die Stadt Ratibor hat sein Wirken mit der Verleihung der Verdienstmedaille der Stadt gewürdigt.

Herbert Hupka hat durch sein vielfältiges Engagement als Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, als Ehrenvorsitzender sowie Bundesvorsitzender unserer Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung, als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen und als Präsident der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat das öffentliche Bild der deutschen Heimatvertriebenen wesentlich geprägt. Herbert Hupka war beides: ein überzeugter Europäer und ein patriotischer Schlesier. Sein Wirken für Schlesien war ihm nicht

Pflicht, sondern Herzenssache. Schlesien lebte in ihm und lebt weiter durch ihn! Bis zuletzt war er schriftstellerisch tätig und hat seine Gedanken sowie seine politischen Wertvorstellungen in mehr als 20 Büchern zum Ausdruck gebracht. Sein christlicher Glaube half ihm dabei, sich einen realistischen Blick auf die Zukunft Schlesiens zu bewahren.

Herbert Hupka hat sich im wahrsten Sinne des Wortes um seine Heimat Schlesien und Deutschland verdient gemacht. Wir trauern um ihn als einen Freund und einen gradlinigen, wahrlich vorbildlichen Politiker.

Helmut Sauer ist der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung.

PAPST BENEDIKT XVI. EMPFÄNGT MERKEL

Papst Benedikt XVI. hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer Privataudienz in seiner Sommerresidenz Castel Gandolfo empfangen. „Ich hatte ein sehr intensives Gespräch mit dem Heiligen Vater“, sagte die CDU-Vorsitzende nach dem 40-minütigen Treffen. Wichtige Themen seien die Krise im Nahen Osten und das Vorgehen der Staatengemeinschaft im Streit über das iranische Atomprogramm gewesen. Außerdem unterhielt sich die Bundeskanzlerin mit dem Papst über Religionsfreiheit und die Rolle Europas. Dabei habe sie betont, dass die Europäische Union einen Verfassungsvertrag brauche, in dem ausdrücklich Bezug auf Gott und das Christentum genommen werden sollte, weil das Christentum die europäische Geschichte ganz wesentlich geprägt habe.



Angela Merkel bei Papst Benedikt XVI.

Foto: dpa

Libanon: Auf Brückenbau zwischen Staat und Bevölkerung achten

In den letzten Wochen wurde vornehmlich über den Einsatz deutscher Soldaten im Libanon diskutiert. Wie auch immer der Bundeswehr-Einsatz aussehen wird – wichtig ist auch, dass die militärische Stabilisierung der Krisenregion entwicklungs- und sozialpolitisch langfristig flankiert wird.

Ziel unserer humanitären Wiederaufbauhilfe muss sein, den libanesischen Staat zu stärken und den Einfluss der Hisbollah zu schwächen. Denn nur wenn die libanesische Bevölkerung Sympathie für die staatliche Autorität und Vertrauen in die staatliche Leistungsfähigkeit in der Sicherung der Daseinsvorsorge gewinnt, kann der Einfluss der Hisbollah beschränkt werden.

Die deutsche, europäische und internationale Entwicklungszusammenarbeit kann und muss den libanesischen Staat – bei einer sinnvollen Arbeitsteilung und -planung – beim Wiederaufbau von Krankenhäusern, Bildungseinrichtungen, Straßen und Brücken, sowie



Christian Ruck

der Strom- und Wasserversorgung technisch und finanziell unterstützen.

Bei dieser Wiederaufbau-Zusammenarbeit sollten wir vor allem mit den zivilgesellschaftlichen Gruppen des Libanon und mit den arabischen Staaten kooperieren, um die Vorurteile gegenüber dem Westen abzubauen.

Christian Ruck ist der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Stärkung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt

Die Entscheidung der Bundesnetzagentur zur Senkung der Netzentgelte ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Wettbewerbs auf dem Strommarkt. Noch funktioniert dieser Wettbewerb jedoch nicht.



Katherina Reiche

Die Bundesnetzagentur und das Bundeskartellamt müssen deshalb auch in Zukunft ihre Möglichkeiten konsequent nutzen, um den Wettbewerb weiter zu stärken.

Darüber hinaus müssen weitere Initiativen ergriffen werden, die Anreize für zusätzliche Investitionen in neue Kraftwerke und den Ausbau der Stromnetze geben. So müssen mit dem Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz endlich die Voraussetzungen für einen schnellen Ausbau der Stromnetze geschaffen werden. Bei der Ausgestaltung der Zuteilungsregeln für die zweite Emissionshandelsperiode müssen Wettbewerbsverzerrungen vermieden und Anreize für Neuinvestitionen gegeben werden.

Ein stärkerer Wettbewerb auf den Strommärkten entlastet Wirtschaft und Verbraucher. Gerade Unternehmen,

die im internationalen Wettbewerb stehen, sind auf wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen. Die hohen Strompreise in Deutschland sind ein Standortnachteil, den wir uns nicht leisten können.

Katherina Reiche ist stellvertretende Fraktionsvorsitzende.



Klaus Riegert

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk gegen Doping

Dem Bekenntnis zum sauberen Spitzensport wollen ARD und ZDF Taten folgen lassen und die vertraglichen Vereinbarungen über Fernsehgelde und Sendezeiten aussetzen, wenn Dopingvergehen vorliegen oder Verbände unzureichend gegen Doping vorgehen.

Das Vorhaben der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ist zu begrüßen und sollte auch von den Privaten Sendeanstalten vollzogen werden. Spitzensport lebt mehr denn je von der „Gunst“ der Medien mit Übertragungen zu den besten Sendezeiten und dem damit verbundenen Interesse für Sponsoren.

ARD und ZDF sollten diesen Erfolg versprechenden Schritt im Kampf gegen Do-

ping konsequent umsetzen: Keine Übertragung, kein Geld für die Verbände und Sportler, kein Interesse der Sponsoren. Konsequenz bedeutet auch, bei den vertraglichen Regelungen die Verbände zu mehr unangemeldeten Trainingskontrollen zu verpflichten und einen Teil der Mittel daran zu binden. Eine Verdoppelung der rd. 4000 unangemeldeten Trainingskontrollen pro Jahr, die der Bund zahlt, wäre dadurch möglich. Zudem sollten die Medien und Sponsoren durch eine Aufstockung des Stiftungskapitals der Nationalen Anti-Doping-Agentur ihren Beitrag im Kampf gegen Doping leisten. Die Beitragszahler erwarten, dass mit ihren Beiträgen nur der saubere Sport gezeigt und finanziert wird. Deshalb ist es Pflicht und Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, ihrer Verantwortung im Kampf

gegen Doping nachzukommen und die Zuwendungen auch von der Dichte der Dopingkontrollen abhängig zu machen. Dies muss für alle Verbände gelten, mit denen vertragliche Vereinbarungen geschlossen werden. Die Verschärfung gesetzlicher Maßnahmen, wie im Koalitionsantrag vorgesehen, national und international abgestimmte Kontrollen und Sanktionierungen durch die Verbände und eine höhere Aufmerksamkeit der Geldgeber sind geeignete Mittel, um den autonomen Sport im Kampf gegen Doping wirkungsvoll zu unterstützen.

Klaus Riegert ist der sportpolitische Fraktions-sprecher.

BA-Überschuss zur stärkeren Beitrags-senkung nutzen

Die von der Bundesagentur für Arbeit (BA) bekannt gegebenen voraussichtlichen Haushaltsmehreinnahmen in Höhe von 8,8 bis 9,6 Milliarden Euro übertreffen alle bisherigen Erwartungen.

Dank wirksamer Reformen der Bundesagentur und einer erfreulich gut anziehenden Konjunktur verzeichnet die BA übervolle Kassen. Es ist nun an der Zeit, diese Mehreinnahmen



Michael Fuchs

den Versicherten wieder zurück zu geben. Dieses Geld sollte gerade angesichts steigender Krankenversicherungsbeiträge und erhöhter Mehrwertsteuersätze zum 1.1.2007 dringend genutzt werden, um die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um mehr als die vereinbarten 2 Prozentpunkte zu senken. Anstatt der geplanten 4,5 Prozent ist es durchaus realistisch auf 4 oder gar auf 3,75 Prozent zu gelangen. Diejenigen, die Jahr für Jahr von ihrem Lohn Beiträge an die Arbeitslosenversicherung abführen, sollten nun eine direkte Entlastung verspüren und Geld rückerstattet bekommen. Dies hätte vor allem positive Wirkungen für den privaten Konsum. Bundesregierung und Koalition haben sich das Ziel gesetzt, die Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent zu senken. Eine stärkere Absenkung des Arbeitslosenversi-



Johannes Singhammer



Antje Blumenthal



Katharina Landgraf

cherungsbeitrags wäre gerade angesichts der drohenden Kostensteigerung in den anderen Sozialversicherungen ein wichtiges Signal an die Wirtschaft, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, und ein Stimmungsaufheller für die Binnenkonjunktur.

Michael Fuchs ist Vorsitzender des Parlamentskreises Mittelstand der Bundestagsfraktion.



Früherkennungsuntersuchungen für alle Kinder

Mit den Aussagen des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte zur mangelnden Teilnahme sozial schlechter gestellter Kinder an Früherkennungsuntersuchungen wird endlich bestätigt, was die Fraktion schon lange anmahnt: Eine höhere Verbindlichkeit für die Teilnahme von Kindern an Früherkennungsuntersuchungen ist dringend geboten.

Jedes Kind hat ein Grundrecht auf körperliche und seelische Unversehrtheit und damit auf Prävention. Da Kinder dieses Recht nicht selbst einfordern können, muss die Teilnahme an den Vorsorgeuntersuchungen verbindlich geregelt werden. Gleichzeitig müssen ihre Inhalte und Intervalle mit dem Ziel überarbeitet werden, dass diese regelmäßig und möglichst jährlich ab dem ersten Lebensjahr bis zum Eintritt ins Schulalter stattfinden. Auch muss über Sanktionen für die wenigen Eltern nachgedacht werden, die ihren Kindern die Teilnahme an diesen notwendigen Vorsorgeuntersuchungen verweigern. Wir müssen jedem Kind in unserem Lande eine optimale gesundheitliche Entwicklungsvoraussetzung schaffen.

Johannes Singhammer ist der familienpolitische Fraktionssprecher, **Antje Blumenthal** und **Katharina Landgraf** sind die zuständigen Berichterstatterinnen.

Luftballon „Smilie“

in zwei verschiedenen Farben
(Blau und Weiß) je Verpackung

Bestell-Nummer: **9874**
Preis je **100 Stück: 13,00 €**
inkl. MwSt.: 15,08 €



Luftballon-Schnellverschluss

inkl. Halteschnur für Gasballons

Bestell-Nummer: **9609**
Preis je **100 Stück: 4,90 €**
inkl. MwSt.: 5,68 €

Neuer Preis!

Luftballon-Drahtstäbe

Bestell-Nummer: **9305**
Preis je **500 Stück: 14,00 €**
inkl. MwSt.: 16,24 €

Luftballon Zubehör

Ballongas Helium

Bei den Heliumflaschen handelt es sich um sog. Leichtgewichtszylinder mit einem Gewicht von 12 kg bis 49 kg. Die Flaschen sind bereits mit einem Ventil ausgestattet und verfügen über eine eingebaute Inhaltsanzeige. Der Fülldruck ist bereits eingestellt. Auf der jeweiligen Heliumflasche befindet sich eine ausführliche Bedienungsanleitung.

Im Preis sind die Kosten für die Anlieferung und für die Abholung bereits eingerechnet. Die Berechnung erfolgt durch den Lieferanten.

Service:

Miete: Die ersten 30 Tage mietfrei, danach fallen pro angefangenen Monat 26,00 € (inkl. MwSt. 30,18 €) Mietkosten pro Flasche an.

Pfand: Keine Pfandhinterlegung.
Verlust von Flaschen 275,00 €
Verlust von Ventilen 26,00 €

Lieferzeit: Innerhalb von 24 Stunden bei Auftragserteilung bis 10 Uhr.
Versandart: per TNT

Rückgabe: Angebrochene Flaschen werden voll berechnet. Bei vollen Flaschen wird eine Bearbeitungsgebühr von 20 % erhoben. Volle Flaschen vor der Rückgabe unbedingt kennzeichnen! Weitere Kosten fallen somit nicht an.



Bestellschein siehe S. 23

Bestellschein > Ballongas Helium

CDU-Bundesgeschäftsstelle
 Bereich Produktion und Distribution
 Klingelhöferstraße 8
 10785 Berlin

Fax 030/220 70-389

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift	<input type="text"/>	Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon
Anlieferetag		Abholtag

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Titel- bzw. Artikelbezeichnung	Einzelpreis		Gesamt- preis
		(ohne MwSt.)	(inkl. MwSt.)	
	Flaschengröße N 10 2,7 m ³ , ca. 180 Ballons	117,00 €	135,72 €	
	Flaschengröße N 20 5,5 m ³ , ca. 360 Ballons	149,50 €	173,42 €	
	Flaschengröße N 30 8,2 m ³ , ca. 540 Ballons	179,50 €	208,22 €	

Datum, Unterschrift

Die Kosten für die Anlieferung und Abholung sind in den Preis eingerechnet.
 Preisänderungen behalten wir uns im Laufe des Jahres vor.

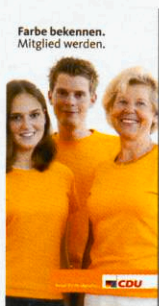
Leitfaden Mitgliederwerbung
Farbe bekennen.
Mitglied werden.

Bestell-Nummer: **4019**
 Preis je **25 Stück: 14,50 €**
 inkl. MwSt.: 15,52 €



Leporello
Farbe bekennen.
Mitglied werden.

Bestell-Nummer: **5932**
 Preis je **100 Stück: 16,50 €**
 inkl. MwSt.: 17,66 €



Imagebroschüre der CDU Deutschlands

Bestell-Nummer: **5076**
 Preis je **50 Stück: 18,50 €**
 inkl. MwSt.: 19,80 €



Aufnahmeantrag

Bestell-Nummer: **6719**
200 Stück kostenlos!



Aufnahmeantrag
Kurzfassung

Bestell-Nummer: **6080**
200 Stück kostenlos!



UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.

Aktions | Zeitung.

Besser für die Menschen.



**Lehrerinnen sind die...
die meisten...
und...
...**

„Wir sollten mehr an unsere Fähigkeiten glauben.“

Interview mit Bundesministerin Anja Merkel
Anja Merkel, Ministerin für Arbeit und Soziales, hat im Interview mit der CDU-Aktionszeitung über die Herausforderungen der Arbeitsmarktsituation gesprochen. Sie hat über die Bedeutung der Weiterbildung für die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland gesprochen.



Das Elterngeld kommt

Das Elterngeld ist ein wichtiger Bestandteil der Familienpolitik. Es soll Eltern bei der Betreuung ihrer Kinder unterstützen. Die Bundesregierung hat angekündigt, das Elterngeld zu erhöhen und die Dauer der Zahlung zu verlängern.



**Die...
...**

Arbeitsplätze schaffen

Die Bundesregierung hat angekündigt, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies soll durch die Förderung von Investitionen in die Wirtschaft erreicht werden.



**Die...
...**

Tempo in Thüringen

Die Bundesregierung hat angekündigt, die Tempo 100-Zone in Thüringen zu erweitern. Dies soll die Verkehrsleistung erhöhen und die Sicherheit auf den Straßen verbessern.

Thema	Preis
Arbeitsplätze schaffen	10,00 €
Das Elterngeld kommt	10,00 €
Tempo in Thüringen	10,00 €



Die Union handelt - wir kommen voran

Die CDU-Aktionszeitung ist eine wichtige Informationsquelle für die Mitglieder der CDU. Sie berichtet über die Aktivitäten der Partei und die Meinungen der Mitglieder.

Aktionszeitung Ausgabe 11/2006

Bestell-Nummer: **1013**
Preis je **250 Stück: 18,50 €**
inkl. MwSt.: 19,80 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 0 52 41-8 09 41 65
E-Mail:
cdu-shop@bertelsmann.de
**Nutzen Sie auch unseren
E-Shop unter
www.cdunet.de**